



## Inhalt

---

• Wissenswertes .....	2
BMW veröffentlicht Rundschreiben zur Anwendung des Vergaberechts im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden .....	2
Universität Vechta als erste deutsche Hochschule präqualifiziert Mit der Universität Vechta wurde zum ersten Mal eine deutsche Hochschule zur Eintragung in das AVPQ präqualifiziert. Damit wird es einfacher, sich an öffentlichen Ausschreibungen, etwa in der Auftragsforschung, zu beteiligen. ....	2
Leitfaden und Formulare zu Open-House-Verfahren.....	3
Online - Tool – Umweltverträgliche Mobilität für die öffentliche Hand .....	3
• Recht .....	4
Unwirksamkeit des Ausschlusses eines Angebotes auch bei fehlendem Angebotsschreiben .....	4
Gastbeitrag von Herrn Rechtsanwalt Norbert Dippel zur Interimsvergabe.....	5
• Aus den Bundesländern .....	6
Sachsen-Anhalt:.....	6
Verordnung über die Auftragswerte nach der Unterschwellenvergabeordnung und der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A – Ausgabe 2019 – (Auftragswerteverordnung – AwVO) vom .....	6
14. Dezember 2023 .....	6
Mecklenburg-Vorpommern: .....	6
Das Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern.....	6
Bayern: .....	6
Einführung eForms – Ermittlung und Erstellung Leitweg-ID durch kommunale Auftraggeber .....	6
• Veranstaltungen.....	7
14.02.2024: Vergaberechtskonforme und wirtschaftliche Vergabe von Reinigungsleistungen in der Praxis ....	7
20.02.2024: Wertungskriterien in der Praxis .....	8
25.04.2024: 15. Vergaberechtstag Brandenburg .....	9



## Wissenswertes

### **BMWK veröffentlicht Rundschreiben zur Anwendung des Vergaberechts im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden**

Im Rundschreiben werden die bestehenden Möglichkeiten für Verfahren oberhalb sowie unterhalb der EU-Schwellenwerte und Ausweitung bestehender Verträge zusammengefasst: Die Möglichkeiten für eine schnelle und effiziente Durchführung von Dringlichkeitsvergabeverfahren im Flüchtlingskontext wurden bereits bestehenden Erlassen aufgezeigt:

- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Rundschreiben zur Anwendung des Vergaberechts im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen vom 24.8.2015 (AZ: IB6-270100/14)
- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament und den Rat zu den Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik vom 9.9.2015 (COM(2015) 454 final)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: Rundschreiben zur Anwendung von dringlichen Vergaben im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine vom 13.4.2022 (AZ: IB3-206-000#010)

Die hier aufgezeigten Möglichkeiten bestehen im geltenden Rechtsrahmen weiterhin und werden im Rundschreiben vom 9. Januar noch einmal im Überblick dargestellt. [Zum Rundschreiben vom 09.01.2024](#)

#### Ihre Ansprechpartnerin:

Eva Waitzendorfer-Braun, [eva.waitzendorfer-braun@absthessen.de](mailto:eva.waitzendorfer-braun@absthessen.de), 0611 974588 0

### **Universität Vechta als erste deutsche Hochschule präqualifiziert**

Mit der Universität Vechta wurde zum ersten Mal eine deutsche Hochschule zur Eintragung in das AVPQ präqualifiziert. Damit wird es einfacher, sich an öffentlichen Ausschreibungen, etwa in der Auftragsforschung, zu beteiligen.

Mit der Universität Vechta wurde am 11. Dezember 2023 zum ersten Mal eine deutsche Hochschule als „präqualifiziertes Unternehmen“ in das AVPQ (Amtliches Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich) eingetragen. Damit kann sich die Hochschule, auch mit ihren Partnern, einfacher an Vergabeverfahren – z.B. in der Auftragsforschung – beteiligen.

Der Präqualifizierungsprozess wurde begleitet durch die PQ-Nord Servicestelle, welche Ihren Sitz bei der ABST MV in Schwerin hat. Der Geschäftsführer Herr Lars Wiedemann freut sich, dass man mit der Universität Vechta die erste deutsche Hochschule zur Teilnahme an Vergabeverfahren präqualifizieren durfte. Unter anderem war interessant, welche Eignungsnachweise von diesen besonderen Bietern im Unterschied zu klassischen Unternehmen beizubringen sind. Von dieser Erfahrung profitieren nun auch Vergabestellen. Die beigebrachten Nachweise sind im Amtlichen Verzeichnis hinterlegt. Auftraggeber müssen sich bei der Vorbereitung des Vergabeverfahrens nun nicht mehr selbst erarbeiten, welche Eignungsnachweise durch Hochschulen als Bieter vorzulegen sind.

Öffentliche Aufträge werden an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben. Daher müssen Unternehmen und andere Einrichtungen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, jeweils ihre Eignung (Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) nachweisen. Durch die Vorlage des Zertifikates zur Eintragung in das AVPQ weisen diese Einrichtungen nach, dass sie für einen öffentlichen Auftrag geeignet sind und keine vergaberechtlichen Ausschlussgründe vorliegen. „Die Zertifizierung vereinfacht für die Universität Vechta und alle Beteiligten den Prozess der Beteiligung an wettbewerblichen, wirtschaftlichen Ausschreibungen erheblich“, erklärt Dr. Daniel Ludwig, aus dem Referat Forschung, Nachwuchsförderung und Transfer. „Dazu zählt beispielsweise auch die Auftragsforschung.“ Die Universität Vechta könne sich nun viel einfacher dafür bewerben als bisher,

wenn beispielsweise eine Institution daran interessiert sei, ein bestimmtes Thema untersuchen zu lassen und dieses öffentlich ausschreibt.

Diese Zertifizierung ist für eine Einrichtung wie die Universität Vechta – im Vergleich zu größeren Hochschulen mit mehr Personal – ein sehr guter Schritt nach vorn, so Prof.in Dr.in Corinna Onnen, Vizepräsidentin für Forschung, Nachwuchsförderung und Transfer. Dass die Universität Vechta die erste deutsche Hochschule mit dieser Zertifizierung ist, sei dem Team aus ihrem Referat und den zuarbeitenden Kollegen aus dem Haus zu danken.

Die Führung des amtlichen Verzeichnisses wurde vom Bund den Industrie- und Handelskammern als hoheitliche Aufgabe übertragen; für die Region Vechta ist beispielsweise die Oldenburgische Industrie und Handelskammer verantwortlich. Die Eintragung gilt zunächst für ein Jahr.

Ihr Ansprechpartner:

Lars Wiedemann, wiedemann@abst-mv.de, 0385 61738110

### **Leitfaden und Formulare zu Open-House-Verfahren**

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe Berlin stellt einen Leitfaden zu Open-House-Verfahren zur Verfügung, der die Anforderungen zur Durchführung dieses Verfahrens komprimiert zusammenfasst.

Bei einem Open-House-Verfahren schließt der öffentliche Auftraggeber entsprechende Verträge mit allen interessierten Unternehmen ab, ohne dass eine Auswahl getroffen wird. Open-House-Verfahren unterliegen damit nicht dem Vergaberecht, es handelt sich um ein einfaches Zulassungsverfahren. Für das Verfahren werden auch entsprechende Formulare angeboten. Den Leitfaden und die Formulare finden Sie [hier](#).

Ihr Ansprechpartner:

Steffen Müller, muellers@abz-bayern.de, 089 511 631 72

### **Online - Tool – Umweltverträgliche Mobilität für die öffentliche Hand**

Das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH (ifeu) hat in einem Projekt in enger Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin, Brandenburg und Hessen ein Bedarfsprüfungstool zur umweltverträglichen Beschaffung von Pkw entwickelt.

Darüber hinaus wurden die Nutzungsmöglichkeiten des bisher in Berlin verwendete Lebenszykluskosten-Rechner für Pkw optimiert.

Gefördert wurde das Projekt durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt des Landes Berlin und das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg.

Das Online-Tool und den Lebenszykluskostenrechner finden Sie [hier](#).

Zu dem Projekt wurde ein Abschlussbericht veröffentlicht, diesen finden Sie [hier](#).

Ihr Ansprechpartner:

Steffen Müller, muellers@abz-bayern.de, 089 511 631 72



## Recht

### **Unwirksamkeit des Ausschlusses eines Angebotes auch bei fehlendem Angebotsschreiben**

Die einseitige Vorgabe der Vergabestelle, bei Nichtverwendung eines in den Vergabeunterlagen enthaltenen Formblatts gelte ein Angebot „als nicht abgegeben“, steht der Einordnung als rechtsverbindliches Angebot nicht entgegen.

#### Sachverhalt:

Die Antragsgegnerin (AG) schrieb im EU-weiten Offenen Verfahren die Übernahme, den Transport und die Entsorgung (Behandlung, Verwertung, Beseitigung) von Klärschlamm aus. Drei Bieter hatten sich am Vergabeverfahren beteiligt und Angebote abgegeben. Der Eingang der Angebote erfolgte über die Online-Plattform der AG.

Die formelle Prüfung der Angebote ergab u.a., dass die Antragstellerin (ASt) die Unterlagen unvollständig eingereicht hatte (fehlendes Angebotsschreiben). Die AG informierte die ASt über den Ausschluss ihres Angebotes aufgrund des fehlenden Angebotsschreibens, es läge gem. § 57 VgV kein wirksames Angebot vor. Bei dem Angebotsschreiben handele es sich um eine zwingend notwendige Unterlage, eine Nachforderung könne nach § 56 VgV nicht erfolgen.

Die ASt rüge anwaltlich vertreten die Nichtwertung des Angebotes als vergaberechtswidrig. Der Rüge half die AG nicht ab und hielt an ihrer Rechtsauffassung zum Ausschluss des Angebotes fest.

Darauf stellte die ASt einen Nachprüfungsantrag und trug zur Begründung u.a. vor, dass nicht erkennbar gewesen sei, dass ohne Angebotsschreiben kein Angebot vorliege. Das Erfordernis der Unterschrift auf dem Angebotsvordruck als zwingender Angebotsbestandteil sei nicht eindeutig und klar formuliert worden. Sie vertrat die Auffassung, nach Auslegung aller von ihr eingereichten Dokumente und Unterlagen ein wirksames Angebot eingereicht zu haben.

Die Vergabekammer hat den Nachprüfungsantrag ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen. Zur Begründung wurde u.a. ausgeführt, die ASt sei durch den Ausschluss nicht in ihren Rechten verletzt. Der Ausschluss des Angebotes nach § 57 Abs. 1 Nrn. 1, 2 VgV sei zu Recht erfolgt, weil die wirksam und eindeutig geforderte Form nicht eingehalten und folglich kein den Anforderungen entsprechendes Angebot fristgerecht eingereicht worden sei.

Hiergegen wandte sich die ASt mit der sofortigen Beschwerde.

#### Beschluss:

Mit Erfolg! Das Angebot der ASt ist nicht zwingend auszuschließen. Auch ohne das Angebotsschreiben gem. Kapitel V. der Vergabeunterlagen liegt ein rechtsverbindliches und formwirksames Angebot vor.

Die vor Ablauf der Angebotsfrist eingereichten Dokumente stellen nach dem Horizont einer verständigen Vergabestelle keine unverbindliche Interessenbekundung, sondern ein hinreichend bestimmtes, rechtsverbindliches Angebot dar. Das Fehlen eines Angebotsschreibens ist nicht mit dem gänzlichen Fehlen eines Angebotes gleichzusetzen. Am Rechtsbindungswillen der ASt und am konkreten Inhalt der übermittelten Erklärungen bestehen nach Auffassung des Gerichts angesichts des Bezugs auf die Ausschreibung und der gemeinsamen Einreichung der Unterlagen keine Zweifel.

Die Voraussetzungen für einen Ausschluss wegen Unvollständigkeit nach § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV oder wegen Abweichung von den Vergabeunterlagen nach § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV liegen nicht vor. Es wurde ein wirksames Angebot eingereicht. Das als Formblatt zur Verfügung gestellte Angebotsschreiben stellt lediglich eine fehlende Unterlage dar.

Die Zuschlagsfähigkeit eines Angebotes kann nur auf Grundlage der bis zum Ablauf der Angebotsfrist eingereichten und der zulässig nachgereichten Unterlagen beurteilt werden. Dabei können fehlende Unterlagen nach § 56 Abs. 2 VgV vom Auftraggeber nach seinem Ermessen nachgefordert werden.

Von dem eingeräumten Ermessen hatte die AG, trotz Rüge der ASt, aber keinen Gebrauch gemacht. Sie war davon ausgegangen, das Angebotsschreiben könne nicht nachgefordert werden, der Ausschluss sei deshalb zwingend.

Die Nachforderung eines Angebotsschreibens ist weder nach § 56 Abs. 2 S. 2 VgV noch nach § 56 Abs. 3 VgV ausgeschlossen.

Praxistipp:

Kommt man durch Auslegung der – nicht nur im elektronischen Verfahren – eingereichten Unterlagen zu dem Schluss, dass der Bieter ein Angebot dieses Inhalts auf Basis der ausgeschriebenen Leistungen zu den vorgegebenen Bedingungen abgeben wollte, ist das Angebot grundsätzlich wertbar.

Bei der Einführung elektronisch geführter Vergabeverfahren wurden die geübten papier- und formularbelasteten analogen Prozesse 1:1 übernommen, ohne deren Ursprünge und Notwendigkeiten zu hinterfragen. Das Angebotsschreiben bildete das Deckblatt und die Zusammenfassung eines aus zahlreichen Dokumenten bestehenden Angebotes. Die Inhalte des Angebotsschreibens (Bieter / Bewerber, erstellender Mitarbeiter, Gesamtpreis) werden heute durch die Vergabepattformen erfasst und sind für die Vergabestellen bei Öffnung der Angebote einsehbar.

[OLG Rostock, Beschluss vom 01.02.2023, Au.: 17 Verg 3/22](#)

Ihr Ansprechpartner:

Lars Wiedemann, [wiedemann@abst-mv.de](mailto:wiedemann@abst-mv.de), 0385 61738110

### **Gastbeitrag von Herrn Rechtsanwalt Norbert Dippel zur Interimsvergabe**

Herr Dippel setzt sich in seinem Beitrag mit einer Entscheidung der Vergabekammer Südbayern zur Interimsvergabe auseinander.

Die VK Südbayern hat in ihrem Beschluss vom [26.06.2023 \(3194.Z3-3\\_01-23-9\)](#) herausgearbeitet, welche Maßstäbe an eine Interimsvergabe zu legen sind und wann die Grenze zur Rechtswidrigkeit überschritten werden. Daneben enthält die Entscheidung wichtige Hinweise, welche Rechtsfolgen eintreten, wenn die Zulässigkeitsvoraussetzungen für eine Interimsvergabe ohne wettbewerbliches Verfahren nicht zutreffen.

Den Beitrag von Herrn Dippel mit Kontaktdaten finden Sie [hier](#)



## Aus den Bundesländern

### Sachsen-Anhalt:

**Verordnung über die Auftragswerte nach der Unterschwellenvergabeordnung und der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A – Ausgabe 2019 – (Auftragswerteverordnung – AwVO) vom 14. Dezember 2023**

In Sachsen-Anhalt ist die bis zum 31. Dezember 2023 befristete Anhebung der Wertgrenzen, bis zu denen vereinfachte Vergabeverfahren möglich sind, um ein weiteres Jahr verlängert worden. Die Verordnung ist an die seit 01. Januar 2024 geltenden EU-Schwellenwerte angepasst.

Erhöht haben sich ferner die Auftragswerte für Bau-, Liefer- und Dienstleistungen, die als Direktkauf beschafft werden können. Bauleistungen dürfen nunmehr bis zu einem Auftragswert von 20.000,00 Euro netto und Liefer- und Dienstleistungen bis zu einem Auftragswert von 10.000,00 Euro netto unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze ohne Vergabeverfahren beschafft werden.

Die neue Auftragswerteverordnung ist zum 01. Januar 2024 in Kraft getreten und tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2024 außer Kraft. Die Verordnung können Sie [hier](#) abrufen.

### Ihre Ansprechpartnerin:

Andrea Broll, broll@sachsen-anhalt.abst.de, 0391 6230 446

### Mecklenburg-Vorpommern:

**Das Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern**

Im Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern Nr. 28/2023 vom 29.12.2023 wurde das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts vom 18.12.2023 bekannt gemacht.

Nach Artikel 5 des Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts treten außer Kraft:

- das Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern vom 07.07.2011,
- die Mindest-Stundenentgelt-Verordnung vom 07.09.2018,
- die Vergabedurchführungslandesverordnung vom 22.05.2012 und
- der Vergabeerlass vom 12.12.2018.

**Gemäß der Übergangsregelung in § 19 TVgG M-V verbleibt es bis zum Erlass der dort benannten Rechtsverordnung bei der bisherigen Rechtslage. Nach Auskunft des Wirtschaftsministeriums Mecklenburg-Vorpommern befindet sich die Rechtsverordnung aktuell in der Verbandsanhörung.**

Den vollständigen Gesetzestext finden Sie hier auf den Seiten 934-939. Über den Fortgang halten wir Sie informiert.

### Ihr Ansprechpartner:

Lars Wiedemann, wiedemann@abst-mv.de, 0385 61738110

### Bayern:

**Einführung eForms – Ermittlung und Erstellung Leitweg-ID durch kommunale Auftraggeber**

Die Leitweg-Identifikationsnummer (Leitweg-ID) ist bei Erfassung der eForms-Grunddaten durch den Auftraggeber zwingend anzugeben. Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) hatte bereits mit [Rundschreiben vom 18.10.2023](#) zur Einführung der eForms den kommunalen Auftraggebern Hinweise zur Erstellung der Leitweg-ID gegeben.

Mit [Rundschreiben vom 29.12.2023](#) ergänzt das StMI diese Hinweise dahingehend, dass die Kommunen eine oder mehrere Leitweg-ID(s) selbstverantwortlich, zum Beispiel mithilfe des Leitweg-ID-Tools (<https://www.e-rechnung.bayern.de/app/#/leitweg-id>), erstellen können.

Bei der Erstellung einer Leitweg-ID durch eine Dienststelle mittels des Tools, auf das in den FAQ des Staatsministeriums für Digitales für die E-Rechnung in Bayern hingewiesen wird, erscheint die Dienststelle anschließend nicht in dem Verzeichnis im Bayerischen Behördennetz Suche nach Dienststellen und Leitweg-ID, da dort in der Regel nur staatliche Dienststellen aufgenommen werden.

Ihr Ansprechpartner:

Steffen Müller, muellers@abz-bayern.de, 089 511 631 72



## Veranstaltungen

### **14.02.2024: Vergaberechtskonforme und wirtschaftliche Vergabe von Reinigungsleistungen in der Praxis**

**Ihr Referent:** Alik Dörn LL.M.



Herr Rechtsanwalt Alik Dörn ist Partner der Kanzlei Friedrich Graf von Westphalen in Frankfurt am Main und Fachanwalt für Vergaberecht. Er berät seit 2004 im Öffentlichen Wirtschaftsrecht, hauptsächlich im Bereich des Vergaberechts sowohl auf Auftraggeber- als auch auf Bieterseite.

---

Datum: 14.02.2024  
Uhrzeit: 10:00 bis ca. 16:00 Uhr  
Ort: IHK Potsdam, Breitestr. 2, 14467 Potsdam

---

Die Teilnehmerzahl ist auf 25 Personen begrenzt.

---

#### **Seminarinhalte:**

Ziel ist es, Mittel und Wege in der praktischen Umsetzung aufzuzeigen, um die Reinigungsleistungen wirtschaftlich und rechtskonform einzukaufen. Dabei wird auch dem Umstand Rechnung getragen, dass nicht nur bei der Vergabe als solches, sondern vor allem bei der anschließenden Auftragsausführung auftraggeberseitig eine hohe Unzufriedenheitsquote besteht, die es zu senken gilt, indem die Reinigungsqualität auf wirtschaftlicher Weise erhöht wird. Hierbei spielen neben zielführenden Eignungs- und Zuschlagskriterien, das Raumbuch/die Leistungsbeschreibung, die Vertragsgestaltung und die Überprüfungsmöglichkeiten bei der Auftragsausführung eine bedeutende Rolle. Diese Aspekte werden interaktiv und praxisnah in der Veranstaltung aufbereitet.

- Allgemeiner vergaberechtlicher Rahmen
- Auftragsänderung/Losaufteilung/Loslimitierung (Hebung von Synergieeffekten, sinnvolle und attraktive Losbildung der Gebäudetypen)
- Ortsbegehungen, Fristen (Sammeltermine u.a.)
- Eignungskriterien (Führungszeugnis, Referenzen, vorherige Schlechtleistung u.a.)
- Unterauftragnehmer
- Raumbuch/Leistungsbeschreibung

- Vertragsgestaltung (Laufzeit, Inhalt, Probezeit)
  - Zuschlagskriterien (Konzepte, Preis, Reinigungszeit)
  - Angemessenheit des Preises (Prüfung und Aufklärung, Vorgaben durch Zoll)
  - Überprüfung der Leistung bei der Auftragsausführung
- 

Weitere Informationen erhalten Sie über diesen [Link](#).

---

## 20.02.2024: Wertungskriterien in der Praxis

**Ihr Referent:** Jörg Wiedemann, Richter am Oberlandesgericht Naumburg, Mitglied des Vergabesenats



Herr Jörg Wiedemann ist seit 1998 Richter am Oberlandesgericht Naumburg und dort seit 1999 Mitglied im Vergabesenat. Er ist außerdem im Zivilsenat mit ausschließlicher Zuständigkeit für Streitigkeiten im Kontext mit Vergabeverfahren – ober- und unterhalb der Schwellenwerte - sowie mit den Leistungen der Architekten und Ingenieure sowie mit Bauleistungen tätig.

---

Datum: 20.02.2024  
Uhrzeit: 10:00 bis ca. 16:00 Uhr  
Ort: HWK Potsdam, Charlottenstraße 34, 14467 Potsdam

---

Die Teilnehmerzahl ist auf 25 Personen begrenzt.

---

### Seminarinhalte:

- Auswahl von zweckmäßigen Zuschlagskriterien – vergaberechtlicher, haushaltsrechtlicher, betriebswirtschaftlicher Rahmen
  - Festlegung der Gewichtung von Zuschlagskriterien und in Betracht kommende Bewertungsmethoden
  - Notwendige und hinreichende Transparenz von Zuschlagskriterien und deren Gewichtung
  - Durchführung der Wertung unter besonderer Berücksichtigung von Präsentationen, Teststellungen, Konzeptbewertungen und Dokumentationsanfordernisse
- 

Weitere Informationen erhalten Sie über diesen [Link](#).

---



## 25.04.2024: 15. Vergaberechtstag Brandenburg

Unser 15. Vergaberechtstag Brandenburg wird am

25.04.2024 von 9:00 Uhr bis 17:15 Uhr (Einlass ab 8:00 Uhr)

in den Räumlichkeiten der IHK Potsdam, Breite Str. 2 a-c, 14467 Potsdam, stattfinden.

Wegen der positiven Resonanz in 2023 werden wir auch 2024 eine parlamentarische Bestuhlung (mit Tischen) anbieten.

Dadurch ist die Teilnehmerzahl auf **120 Personen** begrenzt.

---

Wir freuen uns sehr, dass wir wieder renommierte Experten gewinnen konnten, die über aktuelle und praxisnahe Themen rund um das Vergaberecht referieren und mit Ihnen diskutieren werden.

### Unsere Tagesordnung:

---

**08:00 Uhr** Einlassbeginn

---

**09:00 Uhr** Ralph Bührig

Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Potsdam und Vorsitzender der Auftragsberatungsstelle Brandenburg e. V.

### Begrüßung

---

**09:15 Uhr** Prof. Dr. Martin Burgi

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Wirtschaftsverwaltungsrecht, Umwelt- und Sozialrecht, Ludwig-Maximilians-Universität München, Leiter der Forschungsstelle für Vergaberecht

**Was bedeuten das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und die künftige Sorgfaltspflichtenrichtlinie der EU für das Vergaberecht?**  
(inkl. 15-minütiger Diskussion)

---

**10:15 Uhr** Kaffeepause mit Kuchen

---

**10:45 Uhr** Prof. Dr. Susanne Mertens

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Vergaberecht, Fachanwältin für Bau- und Architektenrecht, Fachanwältin für Informationstechnologierecht und Honorarprofessorin für Bau- und Vergaberecht an der Bergischen Universität Wuppertal

**Aufhebung & Rückversetzung: Risiken und Nebenwirkungen bei Exit & Umwegen**  
(inkl. 15-minütiger Diskussion)

---

11:45 Uhr Norbert Dippel

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht, Bonn

**Vergabefremde Kriterien als Stolpersteine im Vergaberecht**  
(inkl. 15-minütiger Diskussion)

---

12:45 Uhr Mittagspause mit Buffet

---

13:45 Uhr Jörg Wiedemann

Richter am Oberlandesgericht, Naumburg (Saale)

**Immer Ärger mit der Eignung!**  
(inkl. 15-minütiger Diskussion)

---

14:45 Uhr Stephan Rechten

Rechtsanwalt, Partner bei ADVANT Beiten in Berlin

**Vorsprung durch Wissen – die Teilnahme von Projektanten und Bestandsauftragnehmern an Vergabeverfahren**  
(inkl. 15-minütiger Diskussion)

---

15:45 Uhr Kaffeepause mit Kuchen

---

16:15 Uhr Eike-Heinrich Duhme

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht und Notar, Partner bei BDKD Rechtsanwälte in Berlin

**Wer den Schaden hat ... Schadensersatz und -vermeidung im Vergabeverfahren**  
(inkl. 15-minütiger Diskussion)

---

17:15 Uhr Ende der Veranstaltung

---

---

Zur Anmeldung gelangen Sie über diesen [Link](#).

---

Ihr Ansprechpartner für alle Veranstaltungen:

Marco Zimmermann, [marco.zimmermann@abst-brandenburg.de](mailto:marco.zimmermann@abst-brandenburg.de), 0331 95 12 90 95